

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

30.9.1930 (No. 268)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Mk. frei ins Haus, 2,70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mh. 2,60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familienkreis, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Kultur, Tiefdruckbeilage, „Mittlere Woche“, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Postabnahme: Postfachkonto, Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 5 Pfg. die 4 gesp. 35 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 40 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsmäßiger Einziehung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluss der Anzeigenannahme 3/4 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 268 (12 Seiten)

Karlsruhe, Dienstag, den 30. September 1930

68. Jahrgang

Brüning und Braun bei Hindenburg in Schorfheide

Heute Veröffentlichung des Sanierungswerkes

Keine Kapitulation der Regierung

Neuerstes Falles führt ein unabhängiges Kabinett das Programm mit Hilfe des Reichspräsidenten durch
Dr. Sch. Berlin, 30. Sept. 1930. (Eig. Drahtber.)

Die Reichsregierung ist am Montag abend um 6 Uhr zu einer letzten Sitzung über das Reform- und Sanierungsprogramm zusammengetreten. Es handelte sich aber nur noch darum, die im Laufe der Kabinettsberatungen während der letzten Woche von den Ressorts fertiggestellten Reformgesetze zusammenzufügen und redaktionell zu überarbeiten. Wie mitgeteilt wird, werden die wesentlichen Teile des Programms, das neben den finanziellen, sozialen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch die künftige Verwaltungsreform streifen soll, heute der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Zu derselben Zeit hat sich Reichskanzler Dr. Brüning zum Reichspräsidenten begeben, der sich zurzeit in Schorfheide aufhält, um dem Reichspräsidenten über den Verlauf der Kabinettsberatungen und den Inhalt des Regierungsprogramms Vortrag zu halten.

Da in Schorfheide gegenwärtig auch der preussische Ministerpräsident Braun weil, kann man damit rechnen, daß zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten schon heute ein verbindlicher Meinungsaustausch über das Sanierungswerk der Reichsregierung zustandekommt.

Die Parteien werden von dem Inhalt der Vorschläge des Kabinetts ebenfalls unverzüglich in Kenntnis gesetzt und zwar sowohl die hinter der Regierung stehenden Parteien, wie die bisherigen Oppositionsparteien. Dann wird man ja sehr bald erfahren, welche Parteien für Verhandlungen von vornherein nicht in Frage kommen.

In den nächsten 14 Tagen wird es der Reichsregierung darum zu tun sein, die notwendige Klärung herbeizuführen und festzustellen, ob die Aussicht besteht, daß im neuen Reichstag eine Mehrheit für ihre Gesetze zustande kommen kann. Die Aussichten kann man gegenwärtig nicht besonders optimistisch beurteilen, nachdem es sich gezeigt hat, daß verschiedene Fraktionen auf dem besten Wege zu Methoden sind, die sich in der Vergangenheit schon mehr als einmal als verberlich erwiesen haben. Damit, daß man sich jetzt nacheinander von der Reichsregierung distanzieren und Sonderwünsche durchzusetzen versucht, verbaut man sich Schritt für Schritt den Weg zu einer Verständigung über ein Programm, das sowieso keiner einzigen Partei restlos gefallen wird, weil Sonderwünsche irgend welcher Art keine Berücksichtigung gefunden haben und nur die Interessen von Staat und Volk für die Reichsregierung richtungweisend gewesen sind.

Die Reichsregierung hat lange, fast überlange, völlig geschwiegen. Aber ebenso wie man gewußt hat, daß dieses Schweigen nicht in einer Unsicherheit oder Hilflosigkeit des Kabinetts seine Ursache hat, ebenso weiß man, daß die Reichsregierung, nachdem sie die dringendsten Arbeiten innerhalb des Kabinetts beendet hat, nunmehr mit fester Hand eingreifen und daran gehen wird, ihr Programm mit Hilfe des Reichspräsidenten unter allen Umständen durchzuführen. Bis zum 13. Oktober ist noch genügend Zeit, zu versuchen, eine Mehrheit für das Programm zustandebringen. Dann allerdings, das heißt, sobald der neue Reichstag verammelt und beschlußfähig ist, kann die Arbeit der Reichsregierung nicht mehr darin bestehen, wochenlang und mit sehr unsicheren Aussichten mit den Parteien zu verhandeln. Manche der von der Regierung ausgearbeiteten Vorschläge sind sehr dringend und sie können Verzögerungen durch allzulange parlamentarische Verhandlungen nicht mehr vertragen. Es wird also sehr bald um das Ganze gehen und der Reichstag wird über die Frage zu entscheiden haben, ob er die Ordnung im Staate fördern will oder nicht.

Unter keinen Umständen darf die Reichsregierung vor dem Reichstag kapitulieren, selbst dann nicht, wenn keine Mehrheit für ihr Programm zustandekommt sollte

und die Parteien nichts anderes zu tun wüßten, als den Sturz des Kabinetts zu betreiben. Schon heute kann als feststehend angesehen werden, daß Koalitionen nach dem bisherigen Begriff der Vergangenheit angehen und es kann sich, falls der Reichstag erneut verlagert, nur darum handeln, daß man auf dem Reichspräsidenten vorgezeichneten Weg einen Schritt weitergeht und daß ein unabhängiges Kabinett die notwendigen Gesetze rasch durchführt.

Nationalsozialisten bei der Bahn

Die Reichsbahnleitung hat eine Liste für die Beamtentratswahlen angenommen.

Dr. Sch. Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtber.)

Im Laufe des Monats Oktober finden die Beamtentratswahlen bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft statt. Es ist bemerkenswert, daß hier zum ersten Male eine nationalsozialistische Liste aufgetaucht ist, auf der Kandidaten verzeichnet sind, die der Nationalsozialistischen Partei angehören. Die Liste führt die Bezeichnung „Nationale Sozialisten“ und ist von den leitenden Stellen der Deutschen Reichsbahngesellschaft angenommen worden. Die Reichsbahnleitung hat sich dabei auf die Reichsregierung berufen, die den Beamten die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei nicht verbieten habe.

Römischer Brief

Von unserem römischen Mitarbeiter

Mit dem beginnenden Oktober schließt die große Sommerpause Roms, von der man freilich in diesem Jahre weniger denn sonst etwas verspürt hat, wie auch — glücklicherweise — von einer klimatischen Reformdritte nicht die Rede sein konnte. Als in Deutschland die glühende Dürre des Frühjahrs die Felder verengte, lagte Italien eher über zuviel Nässe und in höheren Lagen über Kälte. Das wurde dort eine der Hauptursachen für die Missernte, die Italien angesichts des unausgesezt zurückweichenden Exports in diesem Winter noch vor sehr schwere Probleme stellt. Auch das trägt zur Erhöhung der Preisen mitunter bei, die auf Italien lastet.

Der Rücktritt August Turatis vom Posten des Sekretärs der Faschistenpartei, eines Amtes, mit dem Rechte und Würden eines Ministers verbunden sind, wird viel erörtert und hier und da als Anzeichen unüberbrückbarer Gegensätze im Faschismus gedeutet. Turati hatte ja schon vor anderthalb Jahren um Enthebung vom Amte gebeten. Der Sinnweis auf die vierjährige Tätigkeit belegt gewiß nicht allzuviel, denn was sind selbst vier Jahre aufreibender Arbeit für eine noch unverbrauchte Kraft? Es dürfte schon so sein, daß in der faschistischen Bewegung nun ein gewisser Leerlauf entstanden ist, ein toter Punkt, über den sie wegen des allgemeinen Krisendruckes mit den Mitteln der Organisation allein nicht hinwegzutäuschen vermag.

Die italienisch-französische Spannung ist nun in ihr entscheidendes Stadium getreten. Jetzt wird es sich zeigen, wozu Italien steuert. Die Lage kann nicht ernst genug gesehen werden, und die Haltung gegenüber dem, was in Deutschland wird, ist dadurch stark beeinflusst. Von Mann zu Mann werden die Möglichkeiten mit äußerster Intensität erwogen; natürlich begreift man, daß Italien nun am Scheidewege steht, übrigens durchaus infolge seiner eigenen Politik, aus logischem Zwange seiner so oft laut in die Welt hinausposaunten Grundsätze. Daß Turati im Rahmen neuer Aufgaben schon bald auf einem anderen entscheidenden Posten erscheinen wird, damit ist zu rechnen.

Der Faschismus hat für den kommenden Winter wieder, wie nun schon üblich, den großen Rahmen seines Arbeitsprogramms festgelegt. Darunter finden sich allerlei Punkte, die wohl von größerer Bedeutung sein können, so schon gleich zum 1. Oktober die Beratung im Reichsrat der Korporationen über die Revision der syndikalistischen Struktur. Hier hat sich schon eine gewisse stereotypische Form herausgebildet, in der der Rapport der faschistischen Parteidirektoren, der Marsch auf Rom, die Prämierung der Sieger in der „Getreideschlacht“, der Jahresfest der Gründung der Partei usw. regelmäßig wiederkehren. Sogar Ministerratsitzungen werden in so großen Zeiträumen vorher angekündigt. Es soll wohl dadurch der Eindruck erweckt werden, als wenn Mussolini allein der Motor allen Geschehens sei, als gingen von ihm alle Antriebe aus.

Diese naive Vorstellung mag unter dem Volke vorherrschen, das erst dieser Tage den Duce bei seinen Beschäftigungen öffentlicher Bauarbeiten in Rom begeistert umjubelte, wobei es wiederholt zu solchen rührenden Szenen Mussolinischer Gnade kam, wie sie im Lesebuch stehen. Aber das eigentliche Geschehen, das große Spiel, widelt sich hinter diesen Kulissen ab. Bis jetzt hört nämlich Mussolinis Diktatorergewalt noch an den Grenzen seines Reiches auf, und hier auf dem internationalen Brett hat er bisher noch keine Glanzpartie aufzuweisen, jedenfalls keine Wirkung von Dauer ausüben können, trotz gelegentlicher Effekte für den Augenblick.

Was wird der Winter bringen? Diese unbehagliche Frage luft aus allen Ecken und Winkeln hervor, und gegen sie hilft keine noch so stramme Haltung und großartige Geste. Diejenigen Deutschen, die vom Nationalsozialismus ihr Heil erwarten, sollten nur einmal eine Zeitlang recht mit offenen Augen und Ohren in Italien leben, viele von ihnen würden bald bekehrt sein. Der Druck, der dort auf dem Volke lastet, ist keineswegs geringer als in Deutschland.

Das kirchliche Rom wird von diesen Sorgen glücklicherweise nicht unmittelbar berührt. Es hat von altersher sein tägliches „Programm“, das es in Ruhe und Schönheit entfaltet. Die kirchlichen Feiertage des Winters sind allbekannt. Noch blüht in den Oktober die Pracht der Blüten des zweiten Frühlings hinein und wirkt einen leuchtenden Kranz um die Gräber zu Allerjahren, da die Deutschen auf ihren stillen Campo Santo bei Sankt Peter hinauspilgern. Seit längerer Zeit hat aber die Kirche in diesem Winter keine besondere Parole ausgegeben. Ein Pilgerjahr ist es nicht, und von den großen Konzilsabsichten, von denen die nichtkatholische Presse in Abständen wie von der Krankheit des Papstes fabelt, verläutet nichts.

Kirchlich wird es ein stiller Winter der Arbeit werden. Aber das heißt doch nicht, daß man nun nicht nach Rom pilgern sollte. Im Gegenteil pflegt die Ewige Stadt am schönsten zu sein, am tiefsten zu wirken, wenn nicht Festesjubiläum die Sinne verwirrt und tausend Unbehaglichkeiten schafft. Die Monate vom November bis Februar pflegen ohnehin immer ziemlich stille zu sein; um so mehr bleibt die Möglichkeit, sich um persönliches Erleben zu sammeln, und gerade darin die tiefste Schönheit der Ewigen Stadt auszuschnüpfen.

Ehrung der Luftthansa für Andree und seine Kameraden

Berlin, 29. Sept. An der Ehrung für Andree und seine Kameraden, deren Gebeine mit dem schwedischen Kanonenboot in die Heimat übergeführt wurden, beteiligte sich heute nachmittag auch die Deutsche Luftthansa. Während das Kanonenboot den Sund passierte, kreuzte über ihm ein mit Transerwimpeln versehenes Verkehrsflugzeug. Aus diesem wurde ein Kranz abgeworfen, geschmückt mit den Farben der Luftthansa und mit der Widmung „Den heldenhaften Pionieren des Luftfahrtsgedankens“.

Gronau in Doorn

Doorn, 30. Sept. (United Press.) Der deutsche Opanflieger von Gronau hat dem früheren deutschen Kaiser einen Besuch abgestattet und diesem Bericht über seinen transatlantischen Flug gegeben.

Die Verurteilung gegen Oberbürgermeister Böß

Berlin, 29. Sept. Wie die B. Z. am Freitag zu der Verurteilung gegen Oberbürgermeister Böß, die heute vor dem Oberverwaltungsgericht begonnen hat, zu melden weiß, legt man in städtischen Kreisen einer Aussage des Obermagistratsrats Müller-Bieland große Bedeutung bei. Wie Bieland erklärte, habe ihm der verurteilte Obermagistratsrat Schallbach wenige Tage vor seinem Tode gesagt, er müsse eine vor dem Untersuchungsrichter gemachte Aussage richtigstellen, denn es sei nicht richtig, daß er Böß dienstlich in gewissen städtischen Geschäften mit den Klarets Kenntnis gegeben habe. Er habe nur gelegentlich eines Privatgesprächs dem Oberbürgermeister gegenüber seine Bedenken gegen die Gehälter Klarets geäußert.

Um die heutige Verurteilung vor dem 9. Senat des Oberverwaltungsgerichtes in Berlin möglichst unbemerkt von der

Öffentlichkeit beginnen zu lassen, hatte man zu ungewöhnlichen Maßnahmen gegriffen. Obwohl der offizielle Beginn der Verhandlung für 9 1/2 Uhr anberaumt war, während sonst die Sitzungen vor dem Senat immer erst um 10 Uhr beginnen, fuhr Oberbürgermeister Böß mit seinen beiden Verteidigern, den Rechtsanwälten Dr. Reuß und Dr. Fischer, bereits gegen 9 Uhr vor dem Verwaltungsgericht vor, vor dem mehrere Streifen der Schupo standen. Die Ankunft des Oberbürgermeisters vollzog sich infolgedessen völlig unbemerkt vom Publikum. Den Pressevertretern wurde auf Anordnung des Vorsitzenden des 9. Senates, Geheimrats von Seipius, sofort Verbot erteilt, das Gebäude betreten zu dürfen, ebenso wurden alle städtischen Auskünfte über die Zusammensetzung des Senates und die vermutliche Dauer der Verhandlung abgelehnt.

Die Antragsstellungen bei der Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft

Heidelberg, 29. Sept. Der frühere Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft, Paul Müller, hat sich, wie bereits gemeldet, in der Anwaltschaft in Karau zur Verfügung gestellt. Er ist aber sofort wieder freigelassen worden, weil seine Antragsstellung nach den juristischen Bestimmungen der Schweiz nicht in Frage kommt. Es besteht nunmehr die Absicht, ihn durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Heidelberg in einen badisch-schweizerischen Grenzort unter Zusage freier Geleites vernehmen zu lassen.

Nationalsozialistischer Mandatsverzicht

Karlsruhe, 29. Sept. Der nationalsozialistische Abgeordnete Lenz hat sein Landtagsmandat niedergelegt, da er in den Reichstag gewählt ist. An seine Stelle tritt Freiherr Marschall von Bieberstein.

35. Städtetag in Rehl

Nur bei größerer finanzieller Selbstständigkeit können die Gemeinden die ihnen zugewiesenen Lasten erfüllen

Rehl a. Rh., 29. Sept. Zu Beginn der Verhandlungen des Badischen Städtebundes am Montag vormittag begrüßte der Vorsitzende des Bundes, Oberbürgermeister Kerner, den inzwischen eingetroffenen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Schmidt, widmete dem in Ruhestand getretenen bisherigen Geschäftsführer, Geh. Rat. Timme, warme Worte der Anerkennung für seine dem Städtebund gewidmete Arbeit und gedachte anschließend der verstorbenen Mitglieder, der Bürgermeister von Sinsheim und Weiskirch, deren Gedächtnis durch Erheben von den eigenen der Verammlung geehrt wurde. Oberfinanzrat Strom übermittelte im folgenden die Grüße des Staatspräsidenten unter Herbeiführung der Tatsache, daß künftighin mehr denn je Staat und Gemeinden sich in engerer Schicksalsverbundenheit befinden.

Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages stand das Thema „Finanzausgleich und Gemeinden“. In eingehenden und fesselnden Ausführungen gab Bürgermeister Kaufmann von Sinsheim ein Referat, eingangs die Forderung erhebend, daß innerhalb der Erbschaftsreform man zu größerer finanzieller Selbstständigkeit kommen müsse, also unabhängig von Reich und Ländern. Seit zehn Jahren hätten die Gemeinden hierum vergeblich gekämpft. In Hand von Zahlen gab der Redner Aufschluß, in welchem Maße die Gemeinden unter dem Zwang der Verhältnisse und der Herrschaft von Gesetzen ihre Ausgaben ständig steigern mußten, ohne entsprechende Einnahmen hieron zu haben. Die Not der Gemeinden wirke sich immer am ersten in den Gemeinden selbst aus.

Zu den Rathäusern und nicht zu den Regierungsgebäuden gehe die Demonstration der Notleidenden.

Wenn die Gemeinden in den kommenden Monaten die aus der Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit sich ergebenden Aufgaben erfüllen sollten, so müßte unbedingt die Steuerbasis verbreitert, die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden vergrößert werden.

Im folgenden befaßte sich Dr. Kaufmann sehr eingehend mit der Notverordnung, vor allem mit der Auswirkung der Biersteuer und der Bürgersteuer, mit der Wiedereinführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommens- und Körperschaftsteuer und faste schließlich seine Darlegungen in Leitfäden zusammen, in denen es u. a. heißt:

Die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden ist weitmöglichst herzustellen, sie sind möglichst unabhängig von Reich und Ländern zu machen, schon zur Hebung der Verantwortungsfrage in den Gemeinden und zur Verbreiterung der finanziellen Basis der Gemeinden, um sie leistungs-, kredit- und anpassungsfähiger und fester gegen Erschütterungen zu machen. Als geeignetste Mittel zur Erreichung dieser Ziele werden u. a. angegeben: Keintliche Scheidung der Lasten und Steuerquellen zwischen Reich, Länder und Gemeinden; Wiedereinführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommen- und Körper-

schaftsteuer oder wenigstens Einführung einer Bürgerabgabe mit weitmöglichster Berücksichtigung des Einkommens und Freizügigkeit bezüglich der Höhe in Verbindung mit einer Relation zu den Realsteuern, größere Freizügigkeit in der Besteuerung der Getränke, mögliche Mitbestimmung der Lohnsumme neben der Besteuerung des Gewerbeertrages oder wenigstens Einführung des dreijährigen Durchschnitts für die Besteuerung des Gewerbes.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten sei in ihrem zweiten Abschnitt ein bedeutungsvoller Schritt zur Erfüllung dieser Forderungen und sie werde deshalb begrüßt. Die durch den zweiten Abschnitt der Notverordnung den Gemeinden erschlossenen Einnahmen reichen nicht aus, um die vermehrten Wohlfahrtslasten damit decken zu können. Es sei deshalb eine Entlastung der Gemeinden durch Ausdehnung der Krisenfürsorge auf sämtliche Berufe und durch Aufhebung der zeitlichen Begrenzung der Krisenfürsorge und die Erschließung weiterer Einkommensquellen für die Gemeinden zu fordern.

In einer Aussprache äußerten sich mehrere Tagungsteilnehmer zu den Darlegungen des Referenten und seinen Leitfäden, diese in manchen Punkten ergänzend. So gab der geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Städtebundes, Dr. Seidel der Ansicht Ausdruck, daß eine Finanzreform völlig zwecklos sei, wenn sie sich nur auf die Befreiung des Reichsetats beschränke. Die Städte wollten keine neuen Steuern vorschlagen, aber es sei ungeheuerlich, daß der Reichstag nicht Mut genug besäße, durch eigene Gesetze neue Steuern einzuführen, sondern es den Gemeinden überläßt, ob sie neue Steuermöglichkeiten schaffen können und wollen. — Dr. Gugelmeier und der Vorredner erörterten weiterhin die Frage der Kürzung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und ihre Verwendung für die Krisenfürsorge.

Oberbürgermeister Kerner forderte die Gemeinden auf, alle Steuerquellen auszunutzen, um sich nicht bei den Verhandlungen mit der Regierung handlungsunfähig zu machen. Das Ziel der deutschen Finanzpolitik müsse sein, die Lasten des Youngplans zu verringern, was jedoch nur gelingen könne, wenn Deutschland alle Steuerquellen ausschöpfe. Redner befragte u. a. auch eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 1 Prozent, wobei besonders im Lebensmittelgewerbe eine Abwälzung auf den Verbraucher gelehrt unterlag werden müsse, da dieses Gewerbe bei der Schaffung der Umsatzsteuer die Preise nicht ermäßigt habe.

Nach Erörterung von Einzelfragen durch die Bürgermeister Charles-Waldkirch und Keil-Triberg, bezeichnete es Bürgermeister Traumann-Schwellingen als bedenklich, einen Teil der Hauszinssteuer für die Krisenfürsorge zu verwenden. — Nach weiterer Aussprache über verschiedene Einzelpunkte der angelegten wichtigen Finanz- und Steuerfragen durch Stadtrechtsrat Ketterer und Dr. Seidel und Dr. Kaufmann, wurden die Leitfäden einstimmig angenommen und hierauf noch verschiedene interne geschäftsmäßige Angelegenheiten (Rechnung 1929, Voranschlag 1930 usw.) erledigt. Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Städtetag um 1 Uhr geschlossen.

England und die Nazi-Bewegung

Dudley (England), 30. Sept. (United Press.) Eine geharnischte Warnung, nicht den Kopf zu verlieren, wie es England im Jahre 1914 getan hat, richtete hier auf einer Versammlung der Arbeiterpartei das Mitglied der Partei, Baldwin, der Sohn des ehemaligen konservativen Premierministers Stanley Baldwin, an seine Genossen. Er ging in seiner Rede von der Erhebung der deutschen Nationalsozialisten aus und sagte: „Wenn diese Partei aus Mader kommt, ist sie auf Grund ihrer Wahlversprechungen gezwungen, den Versailler Vertrag zu zerreißen. Falls es zu einer derartigen Maßnahme kommt, die die Kriegsflamme in Europa erneut schüren würde, dann verliert nicht der Kopf, wie Ihr es im Jahre 1914 getan habt. Wenn es nach mir ginge, müßte jede Trommel und jede Flagge in England verbrannt werden; sie lassen uns unteren gefunden Menschenverstand verlieren und machen uns zu Barbaren.“

Entlassung von 2600 Bergarbeitern in England

Seaham (Graffschaft Durham), 29. Sept. Alle Bergarbeiter der hiesigen Kohlengruben, 2600 an der Zahl, wurden benachrichtigt, daß sie wegen der Wirtschaftskrise in vierzehn Tagen entlassen werden.

Von der Goldflut verschlungen

London, 27. Sept. (Eig. Ber.) Dem „Tribune Press Service“ wird aus Paris berichtet, daß der Rücktritt des Präsidenten der Bank von Frankreich, Moreau, mit der verstärkten Opposition französischer Bankkreise gegen den Zustrom von Gold in die Gewölbe der Bank von Frankreich zusammenhängt. Die Goldflut habe Moreau verschlungen, und es werde sich bald zeigen, daß sein Nachfolger eine andere Goldpolitik einschläge. Die Rückwirkungen würden sich auch bei der Bank für internationale Zahlungen zeigen.

Besprechung zwischen Curtius und Benesch

Genf, 29. Sept. Wie wir erfahren, fand heute vormittag eine längere Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch statt. Es verlautet, daß in dieser Unterredung u. a. die Vorgänge in Prag, wegen deren der deutsche Gesandte Dr. Koch bereits eine Rücksprache mit dem Stellvertreter des Außenministers, Dr. Krofta, hatte, zur Sprache gekommen sind.

Seipel nach Wien zurückgekehrt

Wien, 29. Sept. Der vormalige Bundeskanzler ist heute vormittag in Wien eingetroffen.

Neue Ukrainer-Verschaffungen in Polen

Warschau, 29. Sept. Die Lage in Ostgalizien hat sich weiterhin zuspitzt. In Dorochof, in der Nähe von Lemberg, wurde auf einem katholischen Friedhof, der sich neben der Kirche befindet, ein Bombenattentat verübt. Unbekannte Täter warfen eine Granate, die explodierte und 13 Personen verwundete. Zwei Verdächtige wurden verhaftet. In Stanislaw wurden im Zusammenhang mit der Liquidierung der Pfadfinderverbände 13 Personen verhaftet, darunter zwei Richter des polnischen Gerichtes, zu deren Verhaftung die Erlaubnis des Appellationsgerichtes in Lemberg eingeholt werden mußte, dann ein Rechtsanwalt, ein Apotheker und einige Lehrerinnen.

Das Schulkuratorium in Lemberg hat die Schließung der ukrainischen Gymnasien in Zarnopol und Kobahyn angeordnet. Das Kuratorium beruft sich hierbei auf die Verordnung des Kultusministers vom 24. d. M. Der Kultusminister kündigt in einem Interview, das er der polnischen Telegrafagentur gab, die Schließung aller derjenigen Schulen an, deren Zöglinge irgendetwas an Sabotageakten beteiligt sein sollen. Zu gleicher Zeit meldet die polnische Presse wiederum aus verschiedenen Orten Brandstiftungen und Verschaffungen. Die Minderheitenpresse stellt fest, daß die Schließung der Minderheitenschulen den Grundgedanken des Minderheitenrechtes widerspreche und eine Verletzung der Minderheitenverträge darstelle, um so mehr, als die Verteilung von Vertretern der Minderheiten gewöhnlich auf Grund von Polizeiprotokollen und Aussagen von Beamten der politischen Polizei vorgenommen werden.

Einberufung des Ueberwachungsausschusses

Berlin, 29. Sept. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung, der sogen. Ueberwachungsausschuß, ist für Dienstag 16 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die von der Regierung vorgelegene Verbilligung von Frischfleisch anstelle des zollfreien Gefrierfleisches.

Ein bekannter Rennfahrer verunglückt

Brünn, 29. Sept. Der bekannte französische Rennfahrer Michel Doré hat beim Masaryk-Rennen einen schweren Unfall erlitten. Er lag vom Start an mit seinem Bugatti an der Spitze. Nach der fünften Runde kam er aber in einer Kurve ins Schleudern. Sein Wagen überschlug sich, zerplitterte einen Baum und begrub den Fahrer unter den Trümmern. Doré erlitt einen Beckenbruch, der innere Blutungen zur Folge hatte. Die Verletzungen wurden vom behandelnden Arzt als schwer bezeichnet.

Schwerer Autounfall

Freiburg i. Br., 29. Sept. Heute abend gegen 1/7 Uhr ereignete sich an der berühmtesten Stelle, dem sog. „Schräger Weg“, der nach Offmadingen abzweigt, ein Autounfall, des von Freiburg kommenden, vom Amtsgerichtsrat Hipp-Krozinger gesteuerten Autos kam an der gefährlichsten Stelle ins Schleudern und wurde mit dem hinteren Teil des Wagens derartig gegen einen Straßbaum geschleudert, daß der Wagen zertrümmert wurde. Der Mitfahrer, Herr Johann Sum wurde sofort getötet. Eine Frau erlitt einen Schlüsselbeinbruch und mußte ins Krankenhaus verbracht werden. Der Lenker des Autos blieb unverletzt. — Im Laufe des Montags ereigneten sich an dieser Stelle zwischen der Impreda und der Offmadinger Bachbrücke infolge der Straßenglätte nicht weniger als vier Autounfälle, die im allgemeinen glimpflich abließen.

Reichswehroffizier-Prozeß

Leipzig, 29. Sept. Vor der heutigen Fortsetzung mit der Beweisaufnahme gibt der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, folgende Erklärung ab: Es gehen mir aus Publikumskreisen teils mit, teils ohne Namensnennung täglich ein Duzend Briefe zu, in denen in mehr oder weniger leidenschaftlicher Weise zu Gunsten oder zu Ungunsten der Angeklagten Stellung genommen und versucht wird, auf das Gericht einzuwirken. Die einen Briefschreiber erklären, die drei Angeklagten müssen selbstverständlich freigesprochen, die anderen, sie sollten verurteilt werden, und die Richter sollten sich nicht dumm reden lassen. Eine Zuschrift erklärt sogar, ich sei offenbar ein Jude gewesen und es sei daher meine Ehrenpflicht, den Vorsitz niederzulegen und in die Hände Adolf Hitlers zu geben. Abgesehen davon, daß ich weder Jude bin noch gewesen bin, ist jeder Briefschreiber doch wohl kaum ernst zu nehmen. Alle diese Zuschriften prälen an uns Richtern selbstverständlich ab. Unsere arbeitsreichen Tage und Wochen werden, da die Zuschriften doch wenigstens gelesen werden müssen, nur noch arbeitsreicher. Sie beweisen aber, wie leidenschaftlich ein großer Teil des Publikums Stellung nimmt, übrigens eine Erscheinung, die bei der Verhandlung aufsehenerregender Strafsachen häufig zu beobachten ist. Wie ich schon an anderer Stelle hervorgehoben habe, bin sowohl ich wie meine Herren Richterkollegen in völlig überparteilicher Weise bemüht, in diesem Prozeß das Recht zu finden, niemand zuliebe und niemand zuleide. Wir werden das tun gemäß § 261 der Reichsstrafprozeßordnung. Diese Vorschrift besagt, daß das Gericht aus dem Inbegriff der Hauptverhandlung nach seiner freien Ueberzeugung zu entscheiden hat. Ich erlaube deshalb das Publikum, derartige Zuschriften zu unterlassen, da sie zwecklos sind.

Darauf wurde in die mit besonderer Spannung erwartete Vernehmung des Oberleutnants und Adjutanten Westhoff vom 1. Bat. 15. Inf. Reg. in Eisenach eingetreten. Er bekundet: Scheringer kam im November v. J. zu mir nach Eisenach. Während des Besuchs haben wir über alle möglichen Dinge 2 bis 3 Stunden lang gesprochen, über die außenpolitische Lage, daß die Einstellung des Heeres immer mehr nach links hinübergerückt sei und daß dem ein Niegel vorgehoben werden müsse. Scheringer sagte mir, daß er mich als Vertrauensmann für Thüringen und Mitteldeutschland aussersehen hätte, damit ich diese Ideen in Eisenach und anderen Garnisonen weiter verbreite. Er hätte schon mit anderen Städten, z. B. Hannover, Berlin, Stettin und in Ostpreußen Verbindungen aufgenommen. Ob das Wort Organisation gefallen ist, kann ich nicht mehr sagen. Ich muß mich unter diesen Umständen auf das Protokoll berufen.

Das Todesurteil gegen den Zahnarzt Gutmann rechtskräftig

Leipzig, 29. Sept. Der Zweite Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte heute durch Verwerfung der Revision das Todesurteil des Schwurgerichts Prenzlau gegen den Zahnarzt Dr. Gutmann aus Schwedt wegen Gattenmordes.

Gegen den Anschluß Mecklenburg-Strelitz an Preußen

Berlin, 29. Sept. Zu der Frage des Anschlusses Mecklenburg-Strelitz an Preußen erklärte der Vorsitzende der Ortsgruppe Schönberg des Verbandes für Handwerk und Gewerbe, Landtagsabg. Bierig, daß die deutschnationale Fraktion die Ansicht vertritt, daß Mecklenburg-Strelitz seine Selbstständigkeit erhalten könne, wenn nur die notwendigen Einparungen im Etat vorgenommen würden. Außerdem hätten sich außer den zehn deutschnationalen Abgeordneten noch aus dem demokratischen Lager Dr. Gustadt und der Abg. Schneider zu dem ablehnenden Antrag gestellt, jedoch damit das erforderliche Stimmendrittel gesichert sei, um den Anschluß zu verhindern.



Polnisches Hetzblatt gegen Deutschland

Dieses Wafat wurde jetzt bei der „Antideutschen Woche“ in Polen angeschlagen. Die Unterschrift lautet: „Verschwinder, Preuße! Oder wir wiederholen Grunwald.“ (Bei dem Orte Grunwald wurden im Jahre 1410 deutsche Ordensritter von Polen und Litauern geschlagen.)

Auflösung des Landtags?

Das nationalsozialistische Stenogramm „Der Führer“ läßt sich von einem Dr. Maisack schreiben, den andern Parteien sei der Nazi-Sieg bei der Reichstagswahl am 14. September so in die schlotterigen Glieder gefahren, daß sie bis heute die Sprache noch nicht gefunden haben.

Zu schreiben uns ein Zentrumsdilettant aus dem badischen Oberland: Herr Dr. Maisack! Sie sind entweder ein sehr unwillkürlicher oder ein verworrenere oder gar ein unwirksamer Kopf!

Die Vorstellung ist: Das Ziel der Nazi-Sozialisten ist das Zentrum zu vernichten. Dieses Ziel ist nicht nur nicht erreicht, sondern das Zentrum hat in Baden und im Reich trotz des Ansturms von allen Seiten Fortschritte gemacht.

Diese Verführung soll offenbar darüber hinwegtäuschen, daß bei den Nazis der äußeren Stärke nicht die innere Kraft entspricht. Gerade die innere Geschlossenheit fehlt den Nazis.

Baden

Neuer Fraktionsgeist meldet sich

Unter der Doppellüberschrift „Neuer Fraktionsgeist meldet sich“ — Nach der Volkspartei auch die Wirtschaftspartei — schreibt die „Germania“ zu dem Beschluß der Wirtschaftspartei:

„Während die Regierung mitten in der Arbeit steht, um die notwendigen Maßnahmen für die Zukunft vorzubereiten, meldet sich eine neue Fraktion, die Wirtschaftspartei, zum Wort. Der Reichstag hat sich zwar noch nicht konstituiert, um so eiliger haben es einige Fraktionen, Sie halten es für zweckmäßig, ihre politische Haltung vorwegzunehmen und ihre Forderungen anzumelden.“

Entscheidend für die politische Auffassung der Wirtschaftspartei ist die Frage: Sie werde sich an keiner Regierung, weder aktiv noch duldsam, beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie direkten oder indirekten Einfluß nehme.

Die „Germania“ dürfte mit dieser präzisen Auslassung wohl die Ansicht weitest Kreise des deutschen Zentrums formuliert haben. Man kann nur wünschen, daß dem deutschen

Badischer Genossenchaftstag für Handwerk und Gewerbe

Heidelberg, 29. Sept. Der diesjährige Badische Genossenchaftstag für Handwerk und Gewerbe fand am Samstag und Sonntag in Heidelberg statt. Zu der Delegiertenversammlung am Samstag, welcher eine Ausschlußsitzung sowie Revisionssitzung vorausging, hatten sich die Delegierten zahlreicher Genossenchaften aus allen Bezirken Badens eingefunden.

In seinem Revisionsbericht stellte Syndikus Spall fest, daß 1929 46 und 1930 bis jetzt 60 Revisionen durchgeführt worden sind. Die Revisionsberichte lassen erkennen, daß bei den meisten Genossenchaften Fortschritte erzielt worden sind.

Nach Genehmigung der Haushaltsrechnung und des Vorschlags für das neue Jahr wurde bei der Neuwahl der Verbandsvorstände Malermeister Lacroix-Karlsruhe einstimmig mit großem Beifall wiedergewählt.

Der Genossenchaftstag des Deutschen Genossenchaftsverbandes, einen instruktiven Vortrag über „Lagerbestand, Warenumsatz in ihren Beziehungen zu der Rentabilität und Liquidität einer Genossenchaft“. Er teilte mit, daß der Gesamtumsatz aller Warengenossenchaften 1929 sich auf eine Milliarde belief und geteilt sehr die wirtschaftliche Unfreiheit.

Am späteren Abend fanden sich die Teilnehmer des Genossenchaftstages auf Einladung des Gewerbe- und Handwerkervereins Heidel-

berg, sowie der Genossenchaften Heidelbergs zu einem Familienabend in der Stadthalle ein.

Der Genossenchaftstag, der am Sonntag in der Stadthalle abgehalten wurde, hatte sich einer außerordentlich starken Beteiligung zu erfreuen. Der Vorsitzende Lacroix-Karlsruhe eröffnete den Verbandstag mit einem herzlichen Willkommensgruß. U. a. waren erschienen Reg.-Rat Lohr für das Ministerium des Innern und des Landesgewerbeamt, Reg.-Baumeister Kaufmann für das Ministerium der Finanzen und des Bezirksbauamts Heidelberg, Stadtrat Dorn für die Stadtverwaltung, die Landtagsabgeordneten Brigner, Hofeins und Dr. Leonhardt, Präsident Groß vom Handwerkskammertag, Präsident Jänemann, Vertreter der Handwerkskammern Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz, Präsident Burghardt vom Landesverband Bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Kommerzienrat Saul vom Pfälzischen Genossenchaftsverband und Dr. Schneider von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände.

Weitere Grüsse entboten Präsident Groß im Namen der badischen Handwerkervereinigungen und Präsident Burghardt im Namen der Heidelberger Handwerkervereinigungen. In einem längeren Vortrag behandelte Direktor Korthaus vom Deutschen Genossenchaftsverband das Thema „Handwerk und Genossenchaft“. Handwerk und Genossenchaft seien aufs engste miteinander verbunden.

Mit Genugthuung dürfe festgestellt werden, daß die deutschen Kreditgenossenchaften dem Handwerk in der schweren Zeit eine volle Milliarde zur Verfügung gestellt haben und weitere 600 Millionen von den Genossenchaften auszugeben werden könnten.

An den Vortrag schloß sich eine ausgiebige Aussprache, die mancherlei Anregungen brachte. Scharf wandte man sich gegen die steuerliche Belastung der Genossenchaften im Gegensatz zu den Konsumvereinen. Der Vorsitzende gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß beim nächsten 25. Verbandstag 1931 in Karlsruhe über bessere Lage von Gewerbe und Handwerk, namentlich in steuerlicher Hinsicht, berichtet werden könne.

Volk mit seinen 3 Millionen arbeitssuchenden Menschen eine Neuaufgabe des verflochtenen Verhandlungsprogramms erpart bleiben möge. Ein klares Sanierungsprogramm — und damit vor den Reichstag, um die Parteien zu dem Entweder-Oder zu zwingen: das verlangt zur Stunde das Wohl des Volkes. Alles andere müßte sich bitter rächen und würde Dr. Brüning nicht gelohnt werden.

„Evangelischer Siedlungsdienst“

Der Evangelische Siedlungsdienst (Süd-Westfalen) hat, laut „Ain. Bl.“, eine Denkschrift herausgegeben: „Aufgaben evangelischer Arbeit in der ländlichen Siedlung“, erschienen beim westfälischen Provinzialverband für innere Mission. In dieser Denkschrift heißt es auf Seite 18:

„Die Siedlungspraxis der letzten Jahre zeigt, daß sich besonders katholische Kreise der bäuerlichen Siedlung zugewandt haben. Die Auswanderung der katholischen Bevölkerung nach Übersee ist verhältnismäßig geringer als die des evangelischen Teiles. Auf Versammlungen aller Berufsgruppen von katholischer oder Zentrumseite wird seit Jahren die Förderung der Siedlung empfohlen und in die Praxis umgesetzt.“

„Der „Evangelische Siedlungsdienst“ will daher für eine stärkere Anknüpfung evangelischer Arbeiter Sorge tragen, um den nach dem bisherigen Konfessionsbestand notwendigen evangelischen Einschlag des Südens zu wahren.“

Die Neugründung katholischer Arbeiter führt die Denkschrift auf die große Aktivität katholischer Kreise in der Siedlungsbauarbeit zurück. Die Dinge liegen aber viel einfacher und natürlicher, als wie der „Evangelische Siedlungsdienst“ meint. Zweck der Siedlung soll bekanntlich sein, die überschüssige Bevölkerung des Westens, wo zu viele Menschen auf beschränktem Boden eng zusammenzuwohnen, zum Osten, wo es zu viel Land und zu wenig Menschen gibt, zu verpflanzen. Es ist nun aber einmal so, daß der katholische Volksteil in den überwiegend katholischen Landesteilen den größten Bevölkerungsüberschuß aufzuweisen hat.

Der Zweck der West-Ost-Siedlung ist also ein ganz natürlich gegebenes. Wenn die Denkschrift des „Evangelischen Siedlungsdienstes“ meint, daß auch Ostwestfalen, Hannover und Oldenburg,

welches überwiegend evangelische Gebietsteile sind, zum „Westen“ gehören, so sind diese Gebiete vom Standpunkte der Siedlung aus doch in keiner Weise mit dem eigentlichen westdeutschen Grenzland zu vergleichen. Seine Gebiete sind bei weitem nicht so dicht bebauert, und es steht dort genügend Land zur Verfügung, während die Überbevölkerung und die Landknappheit wohl in keinem anderen Landesteil so groß ist wie im Rheinland und im angrenzenden Westfalen.

Die Begründung der Denkschrift, den „Evangelischen Einschlag des Ostlandes zu wahren“, wirkt peinlich, da man daraus zu schlußfolgern hat, daß im deutschen Osten für Katholiken kein Platz ist. Noch peinlicher wirkt das Schlußwort der Denkschrift, wo es heißt:

„Für die evangelische Kirche ergibt sich die besondere Aufgabe, die in Betracht kommenden Siedlungsgebiete ungehindert dem evangelischen Glauben zu erhalten. Wenn diese Bevölkerungs- und Siedlungsgebiete evangelisch geblieben sind, wird sie der nationalen Aufgabe am sichersten gerecht werden.“

Der in diesen Worten liegende ebenso alte wie verwerfliche Vorwurf, als ob die Katholiken in nationaler Hinsicht weniger zuverlässig wären, verdient schärfste Zurückweisung. Der katholische Volksteil hat wahrlich so viele und große väterländische Opfer gebracht, daß er gegen beharrt verlebende Verdächtigungen und Zurücksetzungen entsetzlichsten Vornahme einlegen muß.

Was würde man übrigens gesagt haben, wenn bei dem früheren Zustrom vom Osten in die Westgebiete, besonders bei der Besetzung fast aller Beamtenstellen im Westen mit aus dem Osten stammenden Evangelischen, damals der katholische Volksteil sich auf den Standpunkt gestellt hätte: „Für die katholische Kirche ergibt sich die besondere Aufgabe, die in Betracht kommenden Gebiete ungehindert dem katholischen Glauben zu erhalten!“ Wir hätten den Protestismus darauf nicht hören wollen.

„Antisoziale Brutalität“

So und nicht anders lesen wir — nicht etwa in der kommunistischen „Arbeiterzeitung“, sondern in der Montags-Ausgabe des „Volkshelms“, der nach bisher nicht widersprochenen Gerüchten sich immer noch als badische Koalitionsparität fühlt! Die breite Schlagzeile auf der ersten Seite hat als Untertitel den weiteren Satz: „Die Brüningfront gegen die Armen und Schwachen.“ Nun wissen wir's also, welche Bestien in Menschen- bzw. Republikanergestalt wir Mitglieder der „Brüningfront“ allzumal sind. Man muß sich nur wundern, daß die Sebering und Braun überhaupt jemals auf den Gedanken kamen, und schon vor dem 14. September sondierten, ob in dieser fittlich minderwertigen Koalition noch Ministerjessel frei wären. Schon damals stellte Brüning bekräftig die treffende Gegenfrage, ob sie als patenter Anwälte der Armen der Armen überhaupt mit einem so unsozialen Mann, wie er es sei, in ein und demselben Kabinett zusammensitzen wollten?

Inzwischen steht diese minderwertige „Brüningfront“ vor der erschütternden Tatsache, daß von heute auf morgen weitere 500 Millionen Mark (verlorener) Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung notwendig geworden sind, um gerade die Vermisten der Armen weiter zu erhalten zu können. Des weiteren müssen Unternehmer und Arbeiter, also die gesamte Wirtschaft, nochmals eine zweiprozentige Erhöhung ihrer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufbringen, ganz abgesehen von dem Notopfer der Festbeschäftigten. Das alles ist in den Augen dieses unverantwortlichen Sozialdemagogentums nichts!

Dann noch eines: Die Linkspresse kolportiert in letzter Zeit bereits wieder ein altes Schema des Zuhols, wenn das Zentrum nur wolle, so sei morgen schon die Mehrheit im neuen Reichstag hergestellt, nämlich durch eine Seseinnahme der Sozialdemokratie. Was muß noch alles auf diese unvollkommenen Menschen hereinbehalten, damit solche Raibitäten endlich verstummen? Solche rein agitatorische Aus-

Beamtenfragen

DZ. Karlsruhe, 29. Sept. In der am 27./28. September 1930 stattgehabten Tagung des Badischen Beamtensyndikats...

Nachdem allseits die Bereitwilligkeit zur Beteiligung an einem allgemeinen Notopfer wiederum zum Ausdruck gekommen war...

Die Staatsbeamtenschaft, noch nicht zur Ruhe gekommen über die einseitige Belastung durch das Reichsnotopfer...

Die Beamtenschaft warnt vor Fortsetzung der sinnlosen, in allgemeine Volksverhetzung ausartenden Beamtenehe.

An der katastrophalen Entwicklung der öffentlichen Finanzen sind nicht die Beamten und ihre Bezüge schuld...

Die Beamtenschaft fordert:

- 1. eine durchgreifende Verfassungs- und Verwaltungsreform, 2. schärfste Maßnahmen zur Unterbindung der Steuer- und Kapitalsucht...

(Anm. der Schriftleitung: Wir geben dieser Verlautbarung Raum in Erfüllung unserer Berichterpflicht.)

Spiel und Sport

SpVg. Baden-Baden - Sportfreunde Forchheim 4:2 (4:2), Eden 2:3.

Die Erwartungen, die man auf dieses Verbandsspiel auf dem Walter Hermannplatz in Baden-Baden setzte, wurden heute restlos erfüllt...

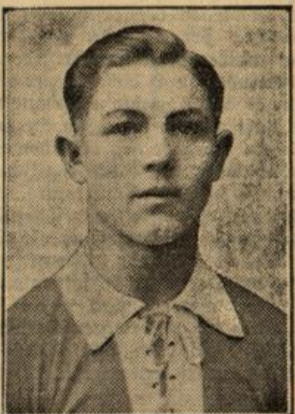
Spielerlauf:

Vorher spielte SpVg. II - Böhli II, wo die Gäste mit 1:0 siegten. Forchheims Angriff wurde vom Gegner abgenommen...

Nach Wiederantritt kommt Forchheim gleich vor das Gegentor und der Rechtsaußen schoß den Ball knapp neben die Latte...

Der deutsche Fußballsieg in Dresden

Stützen der deutschen und ungarischen Mannschaft.



R. Hofmann-Dresden schoß das erste Tor für Deutschland.



Latkes und Turan, zwei der bewährtesten Spieler der ungarischen Mannschaft.

11. Caritastag der Erzdiözese Freiburg

Gewaltige Kundgebung im Nibelungenjahr. - „Die Wirtschaft ist dazu da, das Leben zu erhalten und zu steigern“.

Mannheim, 28. Sept.

Farben in den Farben von Reich, Staat und Kirche wehen greißend von dem prächtigen neuen Nibelungenjahr...

Der Sonntag stand im Zeichen eines großen Doppelfestes. Die katholischen Arbeitervereine Mannheims begingen die Feier der 40. Wiederkehr des Tages...

Nachmittags um 3/2 Uhr formierten sich die Arbeitervereine aus der gesamten Stadt zusammen mit anderen katholischen Vereinen...

Am 3/4 Uhr fand im Nibelungenjahr eine gewaltige Kundgebung der katholischen Bevölkerung Mannheims statt.

Der katholische Arbeiterverein und der Caritasverband reichen einander die Hand.

Beide Organisationen haben beschlossen, miteinander ein gemeinsames Fest zu feiern. Das ist praktisch und recht...

Es gehört zu den Ruhmestaten des menschlichen Geschlechts, daß es die großen Probleme, die es mit menschlichen Mitteln überhaupt nicht lösen kann...

Caritas ist ein inneres Bewußtsein, daß man mit dem Mitmenschen verbunden ist.

Die materielle Gabe kommt erst zuletzt. Eine weitere Gruppe meint, Caritasarbeit habe in einer längst vergangenen patriarchalischen Zeit einmal einen Sinn gehabt...

Als sich der Beifall ein wenig gelegt hatte, ergriff Abgeordneter P. L. K. K. K. das Wort zur zweiten Festrede. Einleitend überbrachte er die herzlichsten Grüße der westdeutschen katholischen Arbeitervereine...

dem falschen Sozialismus seien wir das Licht jenes Sternes entgegen, der über der Krippe von Betlehem glänzt hat.

Wir wollen arbeiten, um diejenigen, um diesen Stern zu schauen, die noch abseits stehen, die sich heute noch um Sozialismus und Kommunismus Tag für Tag wunden...

Als nach diesem trefflichen Referat der Herr Erzbischof aus Bult trat, durchbrannte ein Beifall, der nicht enden wollte...

Erzbischof Dr. Carl Fritsch

Der Gründungspräsident des katholischen Arbeitervereins erzählte in pathetischer Weise, dem ein seiner Humor nicht fehlte...

Ganz besonders begrüßte der Herr Erzbischof auch die gegenwärtige Tätigkeit des Caritasverbandes. Bemerkenswert war in dem Zusammenhang das er über die Tätigkeit anderer Wohlfahrtsanstalten sagte...

Das katholische Volk dankte seinem geliebten Oberhirten durch immer neue Beifallsstürme. Zum Schluß erteilte der Erzbischof allen den bischöflichen Segen...

Deutsche Jugendkraft

San Mittelbaden

Destringen I - Karlsdorf I 1:6 (1:3).

Das erste Verbandsspiel auf dem Plaz der D.J.K. Destringen verlief in guter Ordnung. Das Spiel stand unter der fetten Heberlegenheit der Karlsdorfer.

Wöllersbach I - Durmersheim I 3:0 (1:0).

Beide Neulinge strengten sich mächtig an, um den Sieg an sich zu reißen. Das glatte Spielfeld machte den Mannschaften schwer zu schaffen...

Wöllersbach II - Durmersheim Junioren 4:3 (1:3).

Die zweite Mannschaft trat sich mit den Junioren Durmersheim zu einem Freundschaftsspiel. Bei diesem Spiel waren die Durmersheimer technisch weit besser...

Handball

Destringen I - Untergrombach I 3:3 (3:2).

Vermischte Nachrichten

Ein gefährlicher Bahnübergang

Ludwigshafen, 29. Sept. An dem Lokalbahnübergang auf der Dannstadtler Höhe trugen sich am Sonntag mittag zwei schwere Motorradunfälle zu.

Ins Getriebe geraten und tödlich verlehrt.

Schweissweiler (Pfalz), 29. Sept. Der in den 20er Jahren stehende Sohn Ulwis des Landwirts Schott vom Hanweilerhof kam beim Dreschen so unglücklich in das Getriebe der Presse an der Drehschneidmaschine...

Schwere Bluttat auf der Kirchweihe in der Pfalz.

Landstuhl, 29. Sept. Im nahen Sinden ereignete sich in der Montagnacht auf der Kerwe eine schwere Bluttat.

